

Eübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 302.

Montag, den 29. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Vergangenes und Künftiges.

Am Weihnachtstage vor einem Jahre rötete in Berlin das im Bürgerkrieg vergossene Blut das Straßenspalt. Nach Befehl der drei mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten trat die Division Lequis zum Kampf gegen die Volksmarineinfanterie im Marstall an und erlitt eine schwere Niederlage. (Die „Division“ Lequis, von deren Kämpfen zum Bürgerkrieg die „Unabhängigen“ und kommunistischen Blätter wochenlang vorher Wunder berichtet hatten, bestand aus insgesamt 800 Mann.) Die Niederlage erschütterte die Stellung der Regierung aufs schwerste. Nur der Tatsache, daß die „Unabhängigen“ keine fünf Prozent des Volkes hinter sich hatten und die außerordentlich taktische Eselerei begingen, bei den Wahlen zum Zentralrat nicht mitzumachen, verdankte es die Sozialdemokratie, daß die Krise mit dem Ausschneiden der „unabhängigen“ Volksbeauftragten und mit dem Verbleiben der Macht bei den Mehrheitssozialisten endete. Am 28. Dezember traten die „Unabhängigen“ Volksbeauftragten zurück und am 2. Januar folgten ihnen ihre Kollegen in Preußen, (nachdem sie vorher das Gehalt im Betrage von 6000 Mark vom Januar bis März erhoben hatten.) Ein Jahr ist darüber hingegangen, daß die Sozialdemokratie an die Regierung kam. Grund genug, daß wir uns Rechenschaft ablegen über den zurückgelegten Weg und vorwärtsschauen, was die Zukunft uns zu bringen verspricht.

Eine Gemeinschaftsregierung mit den „Unabhängigen“ hätte von längerer Dauer nicht sein können. Aus diesem oder jenem Anlaß mußte sie auseinanderfallen. Die „Unabhängigen“ haben nie irgendwelche Widerstandsfähigkeit oder Kampflust gegen die Demagogie der Straße und die Verlockungen der Kommunisten gezeigt. Der Beschluß des Leipziger Parteitag für Rätediktatur und Anschluß an die Moskauer Internationale ist nur der Abschluß einer Entwicklungsreihe, die mit dem Tage der Revolution selbst eingeleitet hat. Mit den „Unabhängigen“ fortregieren hätte bedeutet, früher oder später willenlos in die ungarische oder Münchener Katastrophe hineintreiben. Schon die sieben Wochen gemeinsamer Regierung hatten genügt, damit die „Unabhängigen“ jede wirkliche Macht und Autorität der Regierung zerstörten. Als am 5. Januar der große Räteputsch in Berlin losbrach, war die Regierung ohnmächtig, und es hing an einem Faden, ob sie Sieger blieb oder die bereits eingesezte neue Regierung Liebherr-Debour-Scholge. Jede Verzögerung der Trennung und klaren Auseinandersetzung hätte die Lage unerträglich gestaltet. Der akute Anlaß des Konfliktes spielt deshalb nur eine untergeordnete Rolle; er ist aufgeklärt, seitdem jener Geheimvertrag enthüllt worden ist, durch den am 12. Dezember bereits die Volksmarineinfanterie durch ihre Leitung an Liebherr verkauft wurde.

Der Fehler der „Unabhängigen“ bestand darin, daß sie jede Ordnungswidrigkeit, jede Eigenmächtigkeit, jede Willkür und schließlich jedes Verbrechen, das sich ein Revolutionsmäntelchen umhing, entschuldigend und es der Regierung unmöglich machten, mit der gebotenen Schärfe dagegen einzuschreiten. Ein moderner Industriestaat braucht Ordnung, sollen nicht Ernährung und Produktion in den tiefsten Verfall geraten. Diese Ordnung war mit den „Unabhängigen“ nicht zu machen, ja sie widersetzten sich ihr mit Gewalt. Erst mußte Leben und Sicherheit des Einzelnen vor Angriffen gesellschaftsfeindlicher Elemente geschützt werden, ehe von einem wirklichen Sieg der Revolution gesprochen werden konnte. Nichts hat dem Gedanken der Revolution im deutschen Volke mehr geschadet, als die Diebstähle und Gewalttaten, die — angeblich im Namen der Revolution — im November und Dezember vorigen Jahres verübt worden sind. Wer diese Mißstände duldet, war ein Feind der Revolution, wer sie schonungslos bekämpfte, ihr bester Freund. Die „Unabhängigen“ sind durch ihre Feigheit und Schwäche gegenüber dem Abscham der Revolution als revolutionäre Partei für immer unmöglich geworden.

In dem Jahre, das seither verfloßen ist, ist es gelungen, wieder einigermaßen Ordnung in Deutschland zu schaffen. Gelungen unter den aller schwierigsten Verhältnissen. Welche Kreise der Arbeiterklasse glauben inbrünstig an das Evangelium geistlicher Gewalttätigkeit, und eine reaktionäre Offiziersippe setzt sich frech und verlogen über alles Recht hinweg. Die Regierung hat oft scharf zugreifen müssen, aber wie begeisterten Beifall auch die finden, die einzelne Ausschreitungen in ihrer ganzen Scheußlichkeit brandmarken — im allgemeinen war die Regierung dem Volke nicht scharf genug. Als häufigste Klage gegen die Republik hört man noch heute die, das jetzt jeder tue, was er wolle, während früher strafere Jucht gehalten wurde. Umgeben von nichts als Feinden draußen und drinnen, hat die Regierung die Demokratie gerettet und dabei den staatlichen Zusammenhalt nicht aufgeben lassen. Wer weiß, wie schwer das gewesen ist, wird die Größe dieser Leistung würdigen.

Wirtschaft und Finanzen können nur allmählich wieder in Ordnung gebracht werden. Besser, viel besser ist es auch da geworden, als vor einem Jahre, wo wir geradezu vor dem Nichts standen, wo Mierges, der „unabhängige“ Präsident von Braunschweig verzweifelt ausrief, es wäre eine Wunderscheinung gewesen, daß wir die Regierung in so ausichtslos verzweifelter Lage übernommen hätten. In den letzten Tagen ist ein Geschenkwurf über Einführung einer Arbeits-

losenversicherung an Stelle der Arbeitslosenunterstützung angekündigt worden; die Arbeitslosenunterstützung war einer der Hauptvorwürfe, den die reaktionäre Opposition gegen die Regierung erhob, und doch ist trotz dieser Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosigkeit geringer geworden, als sie vor Ausbruch des Krieges in Deutschland war. Für die Zukunft hängt alles davon ab, ob das deutsche Volk miteinander oder gegeneinander arbeiten will. Wenn die Bergarbeiter erklären, keine Ueberschichten Verfahren zu wollen, sie hätten auch für 6 Stunden Schicht Anspruch auf Speck und Fleisch, vor denen, die sie lange genug mit Kohlrüben gefüttert hätten — und wenn umgekehrt die Bauern erklären, sie dächten nicht daran, sich anzustrengen, um denen Speck und Fleisch zu liefern, die aus Faulheit sie frieren ließen, dann geht Deutschland zugrunde und Bauer und Bergarbeiter mit ihm. Nur wenn das ganze Volk in gewaltiger Kraftanstrengung als eine geschlossene Masse gegenüber dem Feind, der draußen steht und uns noch immer den Frieden nicht gewährt hat, der Feind und unbarmherziger Ausbeuter aber auch bleibt, wenn der Friede gezeichnet ist, sich zusammenschließt, nur dann ist des deutschen Volkes Zukunft zu retten, nur dann bleibt unseren Großstädten das Schicksal des verkümmerten Wiens erspart, nur dann kann die deutsche Sozialdemokratie und der deutsche Sozialismus noch einmal etwas für die Entwicklung der Menschheit bedeuten.

Das kommende Jahr wird die Entscheidung bringen, ob es Deutschland fertig bringt, wieder in die Höhe zu kommen. Jahrzehntelange schwere Arbeit und harte Entbehrungen ist unabweisbar dazu nötig. Das deutsche Volk selbst wird am Tage der Wahl seines ersten republikanischen Reichstages entscheiden, ob es dazu willens und reif ist. Wir hoffen auf das Volk, wir glauben an das Volk. Wir als Partei haben dem Volke gegeben und geleistet, was wir geben und leisten konnten. Das weitere liegt in des Volkes Hand selbst.

Von innen heraus zerstören!

Man schreibt uns aus Berlin: Herr Walter Dehme war vom Dezember vorigen Jahres bis zum März Sekretär in der Reichskanzlei. Als solcher schrieb er eine Broschüre, in der er sich über das Hirngespinn der Weltrevolution gründlich lustig machte. Sodann begeisterte er sich für die Kontinentalpolitik Georg Bernhards und der „Sozialistischen Monatshefte“, und als ihm damit persönliche Erfolge in der Partei verjagt blieben, ging er zu den „Unabhängigen“. Unmittelbar nach seinem Uebertritt zur U. S. P. D. erklärte er einigen Kollegen, die ihn zur Rede stellten, wie er das mit seinen Ueberzeugungen vereinigen könne, er sei nur deshalb den „Unabhängigen“ beigetreten, um sie von innen heraus zu zerstören; man müsse in der U. S. P. D. den rechten Flügel stärken und den linken abstoßen, um so die Grundlage für die sozialistische Einigung vorzubereiten.

Nach dieser Methode arbeitet jetzt Herr Walter Dehme in der „Freiheit“. Er veröffentlicht spaltenlange „Enthüllungen“ über die kritischen Weihnachtstage des vorigen Jahres, die äußerlich so aufgeputzt sind, als enthielten sie Material gegen die Rechtssozialisten. Das ist indessen nicht der Fall. Was Herr Dehme gegen Ebert vorbringt, sind oberflächlich angeklebte Lügen, die leicht zu widerlegen sind. So behauptet z. B. Herr Dehme, Ebert habe sich in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1918 vor Liebherr und einer Matrosendeputation verleugnet lassen, während leicht nachzuweisen ist, daß Ebert tatsächlich die Reichskanzlei verlassen hatte. Auch sucht Dehme jetzt sein eigenes Zeugnis zu verstärken, das er im Dezember vorigen Jahres vor dem Zentralrat abgelegt hat. Damals war zur Entlastung der mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten gerade das Zeugnis Walter Dehmes entscheidend, da er schriftlich fixiert befandete, daß der Matrosenkommandant Kadite ihm wiederholt das Leben von Wels als höchst gefährdet bezeichnet und schließlich gegen ein Uhr nachts erklärt hätte, er könne für das Leben von Wels nicht mehr einstehen. Daraufhin ist der Befehl zum Angriff gegen die Matrosen gegeben worden. Ebenso hatte der Befehl nach Dehmes Aussage dahin gelaute, daß der Kriegsminister für die Befreiung von Wels sorgen sollte — mit welchen Mitteln er dies tat, war seine Sache. In diesem Zeugnis mäfelt nun Dehme allerlei herum, aber in der Hauptsache bleibt es doch bestehen, und darüber hinaus gibt er in der „Freiheit“ eine Schilderung jener blutigen Dezemberstage, die im Gegensatz zu allem, was bisher die „Unabhängigen“ sagten, die furchtbare Schuld der Volksmarineinfanterie und ihres Führers Dörrenbach klar hervortreten läßt.

Auf diese Weise höhlt Herr Dehme durch seine Enthüllungen die „unabhängige“ Demagogie von innen heraus aus, und wir sind ihm dafür dankbar und wünschen ihm, daß er weiter auf dem betretenen Wege kräftig fortschreite.

Eine zweite Friedenskonferenz?

Zu den Verhandlungen, die in den ersten Januartagen in Paris eröffnet werden sollen, bemerkt „Paris-Pariser“, daß sehr wahrscheinlich eine zweite Friedenskonferenz zusammenzutreten wird, deren Zweck die tatsächliche Einleitung einer Anzahl von Fragen, die von der ersten Konferenz unerledigt gelassen sind, und des Friedensvertrages mit Ungarn und der Türkei sowie der Abriastage sein werde.

Weihnachtskundgebungen der französischen Sozialisten für die Weltverständigung.

Am Weihnachtabend haben nach der „Dena“ in vielen Städten Frankreichs zahlreiche sozialistische Versammlungen stattgefunden, in denen betont wurde, daß es an der Zeit sei, endlich durch gemeinsame Aktionen in allen Ländern zugunsten Deutschlands gegen die imperialistische Politik Clemenceaus Stellung zu nehmen. Vertreter der neutralen Staaten, sowie Englands und Americas haben sich diesen Äußerungen angeschlossen, besonders betonte Troelstra im Namen der holländischen Sozialisten, daß eine gemeinsame Aktion mit den Deutschen gegen Clemenceau eingeleitet werden solle. Der in Berlin vorhandene angebliche Militarismus sei nur ein Schutz gegen den imperialistischen Militarismus, der von Clemenceau, und seinen Anhängern getrieben würde. Die Formel, daß der Militarismus von Berlin nach Paris verjagt sei, sei viel zu schwach, denn in Wirklichkeit sei der deutsche Militarismus lediglich eine Maßnahme zur Landesverteidigung gewesen, während der Pariser Militarismus Clemenceaus rein imperialistischer Natur sei, der durch Chauvinismus unterstüßt würde.

Die Antwort der Entente.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Note vom 14. Dezember liegt nunmehr in ihrem vollen Wortlaute vor:

Herr Präsident!

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben von Ihrem Schreiben vom 14. d. M. Kenntnis genommen. Sie haben mit Genugtuung festgestellt, daß die Deutsche Regierung ihre Ansicht teilt, wonach alle Bestimmungen des Vertrages vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gemäß seinen Schlußbestimmungen Anwendungen finden, gleichviel ob die Ratifikation der Regierung der Vereinigten Staaten vorliegt oder nicht. Sie nehmen Akt davon, daß die Deutsche Regierung den Grundjah anerkennt, wonach sie sich ebensowenig wie einer der übrigen hohen vertragsschließenden Teile auf die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten an der ersten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden berufen kann, um irgendeine Bestimmung des Vertrages in Frage zu stellen. In der Tat würden alle Ansprüche oder Vorbehalte in dieser Hinsicht mit dem im Vertrage selbst deutlich zum Ausdruck gebrachten Absichten in Widerspruch stehen.

2. Was die Sicherungsmittel betrifft, von deren Anwendung die Alliierten und Assoziierten Mächte hoffen absehen zu können, so möchten diese Mächte feststellen, daß die Deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, daß wenn nach der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits die im Vertrage vorgesehenen besonderen Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht anerkannten verschiedenen Verfahrensarten genaue Anwendung finden werden.

3. Hinsichtlich des Teiles des Protokolls, der sich auf die Entschädigung für die Verletzung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow bezieht, sind die Alliierten und Assoziierten Mächte nach der Prüfung der Angelegenheit der Ansicht, daß sie auf der Unterzeichnung des Protokolls, so wie es ist, bestehen müssen.

4. Das Verfahren zum Zweck der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands ist in der Note der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919 dargelegt worden, worin deutlich gesagt ist, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte bereit sind, ihre auf Herausgabe von 400 000 Tonnen Schwimmböden, Schwimmkränen, Schleppern und Baggern lautende Forderung zu ermäßigen, falls stichhaltige Gründe eine solche Ermäßigung rechtfertigen.

5. Andererseits haben die Alliierten und Assoziierten Mächte Kenntnis davon erhalten, daß kürzlich gewisse Schwimmböden, Schwimmkräne und Bagger verkauft worden sind. Sie weisen darauf hin, daß bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von der Deutschen Delegation dargestellt wird, kein derartiger Verkauf von den Alliierten und Assoziierten Mächten anerkannt werden wird, der vorgenommen worden ist in der Zeit zwischen dem 3. November 1919, dem Tage der ersten Mitteilung des Wortlautes des Protokolls an die Deutsche Regierung, und dem Tage, an dem Deutschland die Entschädigung für den Zwischenfall von Scapa Flow geleistet haben wird.

6. Die deutschen Regierungen haben mündlich den Antrag gestellt, von der Auslieferung der in dem Protokoll erwähnten fünf kleinen Kreuzer abzugehen; sie haben vorgeschlagen, dafür fünf der zurzeit auf den deutschen Werften im Ban befindlichen kleinen Kreuzer nach Maßgabe ihrer Fertigstellung zu liefern. Dieses Verlangen ist in der deutschen Note vom 14. Dezember 1919 nicht enthalten. Die Artikel des Protokolls müssen angenommen werden, so wie sie sind. Jede Abänderung würde mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch stehen.

7. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind bereit, alsbald nach der Unterzeichnung des Protokolls die aus Anlaß des Zwischenfalls von Scapa Flow internierten deutschen Offiziere und Mannschaften freizulassen, mit Ausnahme derjenigen, die etwa eines Kriegsverbrechens beschuldigt werden.

In Paris sollen heute, Montag, die Beratungen des deutschen Vertreters, von Simon, mit Vertretern der Entente über die Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrage beginnen. Es handelt sich hierbei um die in der Vertragsnote vom 3. November besonders erwähnten Folgen des Friedensvertrages, die noch vor dessen Inkrafttreten festgelegt werden müssen. So handelt es sich um die Uebernahme der Geschäfte durch die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes, um die Funktionen der Militär-, See- und Luftdelegationen,

die gegenwärtig bereits als Kontrollkommissionen in Deutschland sind, um die Wiedergutmachungskommission, die Uebertragung der Oberhoheit in Memel und Danzig, die Zurückziehung der deutschen Truppen und Behörden, die Inbesitznahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen, die Uebergabe der Regierung im Saarbecken und der zeitweiligen Regelung in den Gebieten Oberschlesiens, Schlesiens und Ostpreußens, in denen Volksabstimmungen stattfinden werden. Ein Teil der deutschen Presse beschuldigt die Verschleppung der Verhandlungen durch eine angeblich von deutscher Seite versuchte Verzögerung der gegenwärtigen Beratungen mit der Auslieferungstage.

Dazu schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“ halbamtlich: „So sehr die Reichsregierung bestrebt war und ist, den Obersten Rat auf die nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten und katastrophalen Folgen hinzuweisen, die das Unternehmen der Auslieferung verzögern und nach sich ziehen könnte, so wenig wird die Auslieferung, die nach dem Wortlaute des Friedensvertrages eine unbestrittene Verpflichtung Deutschlands darstellt, mit den gegenwärtigen Beratungen verknüpft. Wenn jene Verpflichtung auch unter Zwang eingegangen wurde, so ist doch keine rechtliche Handhabe gehoten, um die Abänderung durch Verweigerung von Vertragsverpflichtungen durchzusetzen.“

Der gesamte Ordnungsbrei gegen die französische Sozialdemokratie.

Bei den Wahlen des Präsidiums der französischen Deputierten-Kammer beschlossen die Sozialisten (wie behauptet wird, auf Vorschlag von Albert Thomas), keinen eigenen Kandidaten für den Präsidentenposten aufzustellen, sondern zusammen mit den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen für den gemäßigten Republikaner und bisherigen Präsidenten Deschanel zu stimmen. Dafür erhofften sie einen Vizepräsidentenposten zu bekommen und stellten den Pariser Abgeordneten Groussier bei der unmittelbar darauf folgenden Wahl der vier Vizepräsidenten auf. Deschanel wurde auch gewählt, und zwar mit der höchsten Stimmenzahl, die ein französischer Kammerpräsident jemals erhielt (476 Stimmen). Bei der Wahl der Vizepräsidenten aber erhielt Groussier so wenig Stimmen, daß er nicht einmal als letzter Vizepräsident gewählt werden konnte. Dabei ist Groussier ein Rechtssozialist, welcher während des Krieges in nationaler Beziehung Albert Thomas nahestand und niemals bolschewistischen Anschauungen geäußert hat. Aber auch er fand vor der reaktionären Kammermehrheit keine Gnade. Die französischen Linkssozialisten äußern sich im „Populaire“ sehr enttäuscht über diesen Revers und ergehen sich in Vorwürfen gegen Albert Thomas, der dieses schlechte Geschick empfohlen habe.

Auch bei der Wahl der 33köpfigen Budgetkommission wurden sämtliche Sozialisten mit der einzigen Ausnahme von Albert Thomas durch die neue reaktionäre Kammermehrheit ausgeschlossen. Somit ist die französische Sozialistische Partei, welche mit etwa 1 700 000 Stimmen ungefähr ein Viertel der Wählermassen auf sich vereinigte und die in Folge des unglücklichen Wahlstems nur ein Neuntel der französischen Kammer bildet, in der wichtigsten Kommission mit einem einzigen Mann, also mit 1:33 der Stimmen, vertreten.

Am Anfang war die Tat.

Wie die Zeitung der französischen Gewerkschaften in der „Humanité“ mitteilt, weigerten sich die Hafenarbeiter und die Arbeiter von Rochefort und La Pallice, Munition für Rußland zu verladen.

Französisches Zuchtthaus-Urteil gegen einen deutschen Groß-Industriellen.

Das französische Schwurgericht des kriegsverheerten Gebietes von Amiens hat den deutschen Großindustriellen Robert Koesling aus Saarbrücken, weil er angeblich im besetzten französischen Gebiete Fabriken niedergelegt und Material requiriert hat, zu 10 Jahren Zuchtthaus und 10 Millionen Francs Entschädigung verurteilt. Sein Bruder Hermann Koesling, dessen Verhaftung die Amerikaner verhindert, weil er Mitglied der Waffenkammern war, ist in Abwesenheit zu der gleichen Strafe verurteilt worden.

Das Urteil gegen Robert Koesling ist ein glatter Justizmord. Wirkliche Verbrechen wird natürlich niemand entschuldigen, wobei allerdings Voraussetzung sein muß, daß auch die auf der anderen Seite begangenen Verbrechen ihre Sühne finden. Bei Koesling kommt aber noch besonders in Betracht, daß er nicht von sich aus und im eigenen Interesse die Maßnahmen getroffen hat, auf Grund deren seine Verurteilung erfolgte. Sondern daß er lediglich im Auftrag der Obersten Heeresleitung handelte. Schließlich dürfte bei seiner Verurteilung auch nicht außer acht gelassen werden, daß vor Inkrafttreten des Friedensvertrages französische Gerichte überhaupt nicht das Recht besitzen, weggeschleppte Deutsche abzurufen. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich versuchen, eine Aufhebung des Schandurteils zu erzielen, doch besteht nur eine schwache Hoffnung, daß diese Bemühungen Erfolg haben werden. Frankreich als „Sieger“ läßt sich in seiner blindwärtigen Rachejagd eines Besseren so leicht nicht überzeugen.

Wie ein französisches Blatt noch mitteilt, hat der Prozeß gegen Koesling zwei Tage gedauert. Über den Inhalt der Verhandlungen heißt jetzt keine einzige französische Zeitung etwas mit. Ohne Zweifel ist über die Zuständigkeit des Gerichts gleich zu Beginn des Prozesses verhandelt worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die baltische Gefahr.

Bürgerliche Blätter werden nicht müde, Siffern aus Ostpreußen zu veröffentlichen. Angeblich soll ein Eindringen der Letten zu besorgen sein, die einen Teil von Ostpreußen zu annektieren beabsichtigen. Eine Gefahr für Ostpreußen besteht nun allerdings, aber sie droht, wie der Pariser Korrespondent Genosse Paul Witolla in einer Zeitschrift an den „Vorwärts“ auseinandersetzt, von ganz anderen Leuten, und zwar von Seiten der zaristischen Baltikumtruppen: An ihren Transportwagen hatten sie beispielsweise folgende Aufschriften: „Hoch die Zarische, hoch Kaiser Wilhelm, Rußland kann sich lassen.“ und dergleichen mehr. Das ihrer Abneigung gegen die Reichswehrtruppen magten diese modernen Landsknechtshäupter, welche zu einem Teil mit weiblichen Mahang aus dem Baltikum eingetroffen sind, durchaus kein Hehl. Dessen sei es bereits zu lange her, daß es zwischen diesen Truppen und den „Eisernen“ die Reichswehr als Feindes dem Kaiser

gegenüber bezeichnen. Schlimmer sei es schon, wenn Exzentrikerangehörige von diesen Leuten angegriffen werden. Von der „Litauischen Gefahr“ sagt Witolla, es könne sich nur um kleinere Banden der Letten und Litauer handeln, die aus Haß über das Treiben dieser Truppen im Baltikum an allem, was deutsch ist, Rache nehmen wollen. Es sei einfach nicht wahr, daß die ostpreussische Bevölkerung die „Eisernen“ zum Schutz verlangt hätte. Sie wünsche nur Schutz durch zuverlässige Regierungstruppen, aber nicht durch diese Bolschewiki von rechts. Witolla hält es für durchaus wahrscheinlich, daß die Ostelbier mit Hilfe der „Eisernen“ den Versuch unternehmen werden, die verhasste Republik zu stürzen. Dessenwegen fordert er unverzügliche Abberufung der Baltikumtruppen aus Ostpreußen, Auflösung derselben im Innern des Reiches und Schutz der Grenzen durch die Reichswehr. Wenn auch die Reichswehr nicht so ist, wie sie es möchte, so sei doch auf alle Fälle besser als die „Eisernen“.

Die Regierung ist gewarnt; ihre Aufgabe wird es nunmehr sein, unverzüglich zu handeln, bevor diese Landsknechte neue Unruhe in unser hartgeprüftes Land tragen können.

Schwierigkeiten im Reichskohlenkommissariat.

Innerhalb des Reichskohlenkommissariats haben sich Schwierigkeiten ergeben, die den Leiter dieser Behörde, Geheimen Bergrat Stuk, veranlassen, beim Reichsminister Schmidt um dringende Abhilfe zu eruchen. Stuk hat bei diesen Verhandlungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es ihm, falls diese Abhilfe nicht geschaffen würde, unmöglich sei, sein Amt über den 1. Januar hinaus zu behalten. Wie die „Morgenpost“ meldet, ist Minister Schmidt im Augenblick bemüht, zusammen mit dem Reichsfinanzministerium die Schwierigkeiten im Reichskohlenkommissariat zu beseitigen. Ausdrücklich wird festgestellt, daß diese Schwierigkeiten mit der Kohlenversorgung nichts zu tun haben.

Deutsche Muster-„Patrioten“.

Die belgische Besatzungsbehörde versagte die Bestätigung des kommissarischen Regierungspräsidenten, Justizrat Lande, als Regierungspräsident in Düsseldorf mit der Begründung, daß er der Düsseldorfer Bevölkerung „unermüht“ sei.

Von zutändiger Seite wird dazu bemerkt: Hiermit bestätigt sich eine leider schon vor den offiziellen Eingriffen der Besatzungsbehörde gemachte Beobachtung, daß sich gewisse deutsche Kreise, denen die Ernennung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten unangenehm war, mit den fremden Besatzungsbehörden ins Einvernehmen setzten, um auf dem Umweg über sie die Ernennung Landes zu hintertreiben.

Erhöhung der Reichswehrlohnung.

Die Reichsregierung hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 eine Ausbesserung der Gehälter der verheirateten Löhnungsempfänger der Reichswehr und des bisherigen lebenden Heeres in folgender Weise verfügt: Die verheirateten Löhnungsempfänger erhalten, wenn sie getrennten Haushalt führen müssen, einen täglichen Löhnungszuschuß von 2,65 Mk. (bisher 1,65 Mk.). Ferner ist das Kindergeld (bisher 1 Mk. täglich) auf 50 Mk. monatlich erhöht.

Beamten-Demonstration in Berlin.

Das Kartell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes hielt Sonntag mehrere, von Zehntausenden besuchte Protestversammlungen ab, in denen schärfste Verwahrung gegen die einseitig von der Regierung und Nationalversammlung beschlossene Erhöhung der Teuerungszulagen um nur 50 Prozent, gegenüber den von der Organisation beantragten 150 Prozent, eingelegt wurde. Nach Beendigung der an allen Stellen sehr stürmisch verlaufenen Versammlungen, in denen auch Schmährufe gegen die Regierung, besonders gegen Erzberger, laut wurden, bildeten die Teilnehmer einen großen Demonstrationzug, der sich über den Lustgarten, die Linden und die Wilhelmstraße entlang nach dem Wilhelmplatz bewegte, wo er vor der Reichskanzlei und dem Reichsfinanzministerium demonstriert vorbeizog und sich dann auflöste. Eine Abordnung von vier Mitgliedern überreichte dann eine von den Versammlungen angenommene Entschlieung in der Reichskanzlei und im Reichsfinanzministerium.

Eine französische Treibjagd auf deutsche Bürger.

Die „Neue Rheinische Korrespondenz“ berichtet aus Cronberg (Taunus): Am heiligen Abend gegen 1/8 Uhr trafen hier fünf anscheinend betrunkene Franzosen in unserem augenblicklich unbesetzten Städtchen ein, lehrten in der Wirtschaft „Neubau“ ein, belästigten Wirt und Gäste, trieben diese schließlich aus dem Lokal und machten mit blanker Waffe auf sie Jagd durch die Straßen der Stadt. Nach der Wirtschaft zurückgekehrt, fanden sie diese verschlossen. Sie stiegen über den Stadtwall, zerbrachen die Hintertür und drangen gewaltsam ein. Der Wirt rief um Hilfe, aber die Polizei, sechs mal gerufen, getraute sich nicht herbei. Als die Hilferufe immer flehender wurden, geriet die ungeschulte Volksmenge in Empörung. Eine Anzahl beherzter Männer brachte die sich wild gebärdenden Franzosen auf die Straße, worauf sie abzogen. Am ersten Feiertage erschien eine Kommission französischer Offiziere, ließ fünf angesehene Cronberger Bürger festnehmen und sie vier Verbrechen geübt abführen nach Königstein. Andere Cronberger Bürger, deren Namen deutsche Denunzianten verraten hatten, entgingen der Verhaftung nur durch die Flucht.

Der Mainzer Bestechungsprozeß.

Das Urteil im Mainzer Bestechungsprozeß gegen 6 französische Offiziere der Wirtschaftsabteilung Saarbrücken und Ludwigshafen sowie gegen 12 französische und deutsche Zivilisten lautet nach „Echo de Paris“: Hauptmann Caffre und Leutnant Dequesne werden degradiert und erhalten 15 bezw. 30 Monate Gefängnis, die Leutnants Cerbin und Goyard werden zu 2 bezw. 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Leutnant wurde freigesprochen, ein anderer früherer Leutnant, jetzt Soldat zweiter Klasse, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Zwei der angeklagten Zivilisten wurden zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen die übrigen Zivilisten wurden Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren und außerdem auf Geldbußen von 16 bis 6000 Frs. erkannt.

Erzberger-Belädigung.

Der Kaufmann Heinrich Ukena in Leer (Ostfriesland) ist wegen eines an die Reichsregierung gerichteten Schreibens, das Beschimpfungen des Reichsfinanzministers Erzberger enthielt, aus Anlaß eines vom Reichsfinanzminister gestellten Strafantrages wegen schwerer Belädigung von der dritten Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu 400 Mk. Geldstrafe, im Nichtbezugsfalle zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Kleine politische Nachrichten.

Dem Reichsrat ist vom Reichsministerium des Innern der Entwurf eines Filmauswurfsentwurfes zugegangen. In Italien machen sich lebhaftere Bestimmungen gegen Frankreich und England wegen der geplanten Donaukonkordation und der Filme Frage geltend.

Wie der französische Unterstaatssekretär Zanace einem Vertreter des „Reit Journals“ erklärte, wird nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages unverzüglich die Auslieferungsliste an Deutschland abgeschickt werden.

Eine demnächst in Paris abzunehmende Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten wird sich über einen neuen Feldzugsplan gegen das bolschewistische Rußland beschäftigen werden.

Das lettische Pressebureau in Kopenhagen meldet, daß die französische Regierung Lettland als unabhängigen Staat anerkannt habe.

Auf Veranlassung der Reichsregierung sind sämtliche sächsische Munitions- und Pulverfabriken Sonnabend geschlossen worden. Die Arbeiter wurden entlassen.

Die französische Kammer nahm ein Gesetz an, wonach das französische Tabakmonopol auch auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt wird.

Nach der „Libre Belgique“ wird augenblicklich von der belgischen Regierung ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Bedingungen festlegen soll, unter denen wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden können.

Nach einer Haager Depesche der „Aktion Nationale“ ist in Holland in gut unterrichteten Kreisen das Gerücht verbreitet, Holland wolle seinen Anteil an Borneo an England abtreten.

Wilson versetzte, daß die sieben deutschen Dampfer, die nach dem Waffenstillstand den Vereinigten Staaten ausgeliefert waren, an England zurückgegeben werden.

Präsident Wilson gab bekannt, daß die Kontrolle über die Eisenbahnen und Paketbeförderungs-Gesellschaften in die Hände der Privatbesitzer zurückgelegt werde.

Die „Times“ meldet: England werde die Gesamtkosten der kürzlich in Washington abgehaltenen Arbeitskonferenz tragen, obwohl die Konferenz durch den Präsidenten Wilson einberufen worden sei. Amerika könne jedoch für die Kosten nicht aufkommen, da es daran nicht teilgenommen infolge der Nichtratifizierung des Friedensvertrages.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Die Verjüngung Lanfings, wonach die Waffen- und Munitionsausfuhr nach Mexiko verboten wird, bedeutet anscheinend die Einleitung einer schärferen Blockade gegen Mexiko.

Einer Meldung aus Tokio zufolge, beläuft sich das japanische Budget auf insgesamt 1 275 000 000 Yen. Den Flotten- und Heeresforderungen wird dabei vollauf entsprochen. Der Vorschlag für das Auswärtige Amt weist neue Gesandtschaften in Polen und Griechenland und zwei neue Honorarkonsulate in Deutschland auf.

Belgien.

Die Armee ohne Disziplin.

Dem „Eclair“ zufolge erklärte der liberale Abgeordnete Erich in der Kammer: in der belgischen Armee gebe es kein Kommando mehr und fast keine Disziplin. Das Bild, das er von der belgischen Armee entwarf, sei schwarz gewesen.

Holland.

Eine unfreundliche Maßnahme gegen deutsche Auswanderer.

Der holländische Justizminister hat einer Gruppe deutscher Auswanderer aus Hamburg, die über Holland weiterreisen wollten, die Genehmigung zum Ueberschreiten der holländischen Grenze verweigert. Die Auswanderer sind ohne Angabe von Gründen nach Hamburg zurückgekehrt worden. Die Regierung wird in der Zweiten Kammer darüber interpelliert werden.

Frankreich.

Clemenceau Poincarés Nachfolger.

Nach Meldungen Pariser Blätter wird der Nationalkongress für die Wahl des neuen französischen Präsidenten zum 17. Januar einberufen werden. Es wird bereits offen ausgesprochen, daß Clemenceau mit überwiegender Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt werden wird. Clemenceaus Nachfolger als Ministerpräsident werde Dutasta sein.

Ausbildung des französischen und des englischen Heeres nach einem gemeinsamen Plan.

Clemenceau erklärte, daß zwischen Frankreich und England ein Uebereinkommen bestehe, wonach die Armeen beider Länder nach einem gemeinsamen Plan auf Grund einer Verständigung der französisch-britischen Heeresleitung ausgebildet werden sollen.

Frankreichs Schuldenlast.

Nach dem „Journal officiel“ beträgt die Schuldenlast Frankreichs Ende dieses Jahres 208 Milliarden Franken.

Einführung der mitteleuropäischen Zeit.

Der französischen Kammer wird ein Gesetzentwurf zugehen, durch den vom 1. Januar ab die mitteleuropäische Zeit in Frankreich eingeführt wird. In der Nacht zum 1. Januar um 11 Uhr wird die Uhr um eine Stunde vorgerückt und am 23. Oktober zurückgestellt werden.

Portugal.

Bombenfund.

Die Polizei in Lissabon entdeckte bei Syndikalisten 90 Bomben.

Argentinien.

Die Lage gespannt aber nicht beunruhigend.

Die letzten Nachrichten aus Buenos Aires besagen: Die Lage ist wegen der Arbeiterunruhen etwas gespannt, jedoch nicht beunruhigend. Auf den Staatsbahnen herrschen Teilstreiks. Die Fabriken werden militärisch bewacht. Anarchistische Agitatoren sollen die Urheber der Unruhen sein.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 29. Dezember.

Das Silvesterfeierkomitee tritt heute erst um 7 Uhr zusammen. Um 6 Uhr findet eine Sitzung des Vorstandes statt.

Der Winter hat ganz plötzlich mit viel Schnee und Kälte wieder seinen Einzug gehalten. Schon früh, im Herbst, war der ungeliebte Gast in ähnlicher Weise wie jetzt bereits erschienen. Auch damals bedeckte mehr als fußhoher Schnee die Erde. Am Sonnabend wirkte während des ganzen Tages die Schneeflockenherd. Mit immer mehr zunehmender Stärke trieb ein kalter Sturmwind die Masse der Wolken vor sich her, so daß ein kaltes

Schneetreiben entstand und der Aufenthalt im Freien sehr unangenehm war. Das Schneetreiben dauerte bis spät in die Nacht hinein und war am Abend schon so stark geworden, daß die Anwesenheit der Straßenbahn wegen Schneeverwehungen ihren Betrieb einstellen mußten. Der Winter mit Schnee und Kälte ist in diesem Jahre der wirtschaftlichen Notie ein ungem. gefeherer Gast. So schön, wie das Winterbild am Sonntag war, und auch die Jugend in ausgelassener Freude sich im Nebel übte, so sehr werden die meisten Erwachsenen an die unangenehmen wirtschaftlichen Folgen des weichen "Gegens" gedacht haben. In der heutigen Zeit der Feuerungs- und Lebensmittelnot wird die schönste Winterlandschaft von vielen mit Sorge betrachtet werden.

Nach immer "Kaiserlich". Das Lübecker Hauptpostamt auf dem Marktplatz trägt noch immer auf goldenem Untergrunde die längst nicht mehr zeitgemäße Bezeichnung "Kaiserliches Postamt". Es stellt damit ein Unikum unter den deutschen Postämtern dar, die längst das "Kaiserliche" von sich getan haben und Einrichtungen der deutschen Republik geworden sind. Hier kann man sich ansehend noch garnicht an die republikanische Staatsform gewöhnen, obwohl doch Lübeck schon viele Jahrzehnte Republik ist. Vielleicht wird einmal durch eine Anfrage in der Botschaft festgestellt, an wem es liegt, daß das Lübecker Postamt sich nicht von seinem "kaiserlichen" Beiwerk trennen will.

Aufhebung der früheren Senatsvorschriften über die Veröffentlichung der Schuldnerverzeichnisse. Infolge Senatsbeschlusses vom 26. November d. J. werden die bisher allmonatlich erschienenen Veröffentlichungen der Namen derjenigen Schuldner, die den Offenbarungseid hier geleistet oder sich auf einen auswärtig geleisteten Offenbarungseid berufen haben, oder gegen die wegen Verweigerung des Eides eine sechsmonatige Haft vollstreckt worden ist, in Zukunft nicht mehr auf eine Veröffentlichung aus dem beim hiesigen Amtsgerichte als Vollstreckungsgerichte geführten Schuldnerverzeichnisse rechnen, sondern wird das Verzeichnis auf dem Gerichte einleihen oder sich daraus Auskunft von der Gerichtsschreiberei erteilen lassen müssen. Man lese darüber die in der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung des Präsidenten des Landgerichts vom 20. ds. Mts.

Lübeck bekommt eine Maschinen-Gewehr-Kompagnie. Die Reichswehr-Brigade Nr. 9, gez. v. Leitow-Worbeck, hat dem Rat der Stadt Lübeck mitgeteilt, daß das 2. Bataillon Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 17 Wismar als Garnison zugewiesen bekommt. Die Maschinen-Gewehr-Kompagnie kommt nach Lübeck. Die Garnisonen werden Ende Januar oder Anfang Februar belegt. Die Jäger kommen nach Rakeburg.

Einstellungszwang zugunsten der Schwerbeschädigten. Von der amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte sind Erhebungen darüber angeleitet, in welchem Umfange die Behörden und größeren hiesigen Geschäfte ihren Verpflichtungen zur Einstellung von Schwerbeschädigten nachgekommen sind. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Behörden etwa 50 Prozent über ihre Pflichtzahl hinaus Kriegsbeschädigte eingestellt, daß aber auch eine Anzahl von Firmen in einer über die gesetzliche Pflicht weit hinausgehenden Anzahl Schwerbeschädigte eingestellt haben. An erster Stelle ist die Norddeutsche Würtensfabrik zu nennen, die die gesetzliche Pflichtzahl um das vierfache überschritten hat. Eine erhebliche größere Zahl als die gesetzliche Pflichtzahl an Schwerbeschädigten haben auch das Drägerwerk, die Firma Carl Thiel u. Söhne, W. Torfsch, Lübecker Schachtel- und Papptierwerk, u. Söhne, W. Schweinhoff, Dresdener Bank und Holsten-Bank eingestellt. Von den für das Lübecker Staatsgebiet insbesondere in Betracht kommenden 607 Kriegsbeschädigten ist die Hälfte bei hiesigen Behörden und Firmen mit mehr als 25 Angestellten eingestellt. Etwa 300 Kriegsbeschädigte sind in kleineren Betrieben untergebracht oder selbständig tätig. Besonders erfreulich ist, daß ohne geeignete Beschäftigung nur eine kleine Zahl von Schwerbeschädigten ist; ihre Zahl macht in der Regel nicht mehr als 1-2 Prozent der Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten (6-10) aus.

Volkshochschule. Zum zweitenmal ruft die Volkshochschule alle, die den Drang zur weiteren Fortbildung haben. Mehr als 120 Lehrgänge werden, wie Genosse Schermer schreibt, in dem neuen Unterrichtsverzeichnis aufgeführt. Fürwahr eine stattliche Zahl! Da wird wohl jeder Bildungshungrige etwas, die meisten werden tief finden, und manchem wird die Wahl schwer fallen. Es kann und darf nicht der Zweck der Volkshochschule sein, einen Hörer gleichgültig in möglichst viele Gebiete einzuführen und damit ein Zielwissen zu erzeugen, nein, es kommt vielmehr darauf an, die Allgemeinbildung unseres Volkes dadurch zu heben, daß der einzelne Hörer gründlich in ein oder wenige Fächer einbezogen wird. Nur nach und nach, im Laufe der Jahre kann er seinen Gesichtskreis durch eigene Mitarbeit erweitern. Es hat sich schon im ersten Unterrichtsabschnitt gezeigt, daß gerade die Leute, die glauben, gleich mit vier oder fünf Fächern beginnen zu müssen, gar bald erlahmen. Weiße Auswahl ist geboten. Jeder kennt die Mühen seiner Bildung. Für manchen wird es ratsam sein, mit einem der Vorkurse zu beginnen und erst später zu einem Wissensgebiet überzugehen, für das er besonderes Interesse hat. Die Arbeit am eigenen Ich wird für jeden segensreich sein. Sie führt zu reinem Genießen, zur reinen Freude. Sie wird nicht nur dem einzelnen sondern auch dem ganzen Volke zum Vorteil gereichen, nicht durch Gewinnuna materieller, sondern idealer Güter. Heraus aus den dumpfen Wirtstüben, aus den minderwertigen Vergnügungsräumen! Auf zur Arbeit in der Volkshochschule und im eigenen Heim! Die Anmeldeungen im Lehrerseminar müssen bis zum 31. Dezember erfolgt sein.

Hilfe für Wien. Für die Unterbringung von Kindern aus Wien stellt sich hier bereits ein erfreuliches Interesse. Eine Reihe von Zeitstellen ist schon angemeldet, auf denen die Kinder 2 bis 3 Monate der Erholung finden sollen. Sobald sich eine hinreichende Zahl von Anberbtungen gefunden hat, wird das Jugendamt sofort die erforderlichen Schritte tun, um die Kinder hierher zu bekommen, denn rasche Hilfe tut not. Bei dem Jugendamt wurde wiederholt angefragt, ob es sich bei der Unterbringung um kranke Kinder handle. Aber das ist selbstverständlich nicht der Fall. Die Kinder werden schon in Wien und dann nochmals bei der Ankunft hier auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Unterernährt werden sie freilich wohl alle sein, aber sollte eins der Kinder hier erkranken, — und das kann ja überall vorkommen, — so behaft es nur einer Meldung beim Jugendamt und das Kind wird abgeholt und anderweitig sachgemäß versorgt. Zunächst war nur an Schulkinder gedacht, aber da von verschiedenen Seiten kleinere Kinder gewünscht werden, wird selbstverständlich darauf Rücksicht genommen.

Die außerordentlich hohen Preise für Fenster- und Spiegelglas haben den Verband deutscher Glaserinnungen veranlaßt, dem Reichswirtschaftsminister eine Resolution zu unterbreiten, welche scharfe Maßregeln gegen diejenigen Hütten verlangt, die lediglich dem Ausschuhhandel liefern und nicht nur dem realen Handel, sondern auch dem Glaserstande schwerere Schäden zufügen, der Allgemeinheit dadurch zur Erhöhung der Baukosten verhelfend. — Diese Resolution hat auch die hiesige Glaserinnung in ihrer kürzlich beschyuden Besammlung einstimmig angenommen und dem Verband ihre Zustimmung erteilt.

Berufsberatung und Vorsehellenvermittlung. Die männliche Abteilung der Berufsberatungsstelle im Arbeitsamt macht darauf aufmerksam, daß sie bestrebt ist, den Berufswünschen der Schüler nach Möglichkeit gerecht zu werden. Nicht immer ist es aber möglich, die Wünsche voll und ganz zu erfüllen. In manchen Fällen wird es nötig sein, daß die Schüler sich anders entscheiden müssen, insbesondere dann, wenn sie sich den Schloffer, Elektriker, Mechaniker, Tischler, Konditor- und Schuhmacherberuf erwählt und noch keine Lehrstelle haben. In manchen anderen Berufen, wie der des Maler, Zimmerer, Schneider, Sattler, Buchdrucker, Kupferstecher ist eine Unterbringung noch möglich; auch bieten diese Berufe gute Aussichten für die Zukunft. Den Eltern und Schülern wird empfohlen, ihre Entscheidungen entsprechend einzustellen. Schüler, die bisher noch unentschieden waren, tun gut, nach diesen Darlegungen zu rücken. Zur weiteren Beratung

und Besprechung ist die Beratungsstelle geöffnet Dienstags, Mittwochs und Freitags, Mittags von 12 bis 2 Uhr und Mittwoch nachmittags von 6 bis 8 Uhr.

Die Variete-Vorstellungen im Gewerkschaftshause (Tournee Semlerger), die sich an allen Abenden großen Zulaufs zu erfreuen hatten, erreichen Dienstag ihr Ende. Wer sich das hervorragende Weihnachtprogramm noch ansehen will, muß sich also beeilen.

Stadttheater. Wir weisen darauf hin, daß unser Weihnachtsmärchen "Peterchens Mondfahrt" nach Beileitigung einiger bei der Premiere eingetretenen Schwierigkeiten nur 2 1/2 Stunden spielt, auch ist dieses Märchen in Lübeck noch nicht aufgeführt worden und hat mit dem vor einigen Jahren gespielten "Peterchens Reise ins Märchenland" nicht das Geringste zu tun. Wohl aber ist unser diesjähriges Märchen an allen großen Theatern und auch in vielen Mittelstädten in Tausenden Aufführungen hejubelt worden und hat gerade dieses Märchen einen Siegeszug durch ganz Deutschland gemacht.

Ermittelt und festgenommen wurden zwei in Rüdritsch in der Kolonie wohnhafte Arbeiter, die einem Landmann in Dummerdorf 11 Hühner und einem anderen dortigen Anwohner diverse Wäsche gestohlen hatten. Festgenommen wurde ferner ein Dienstmädchen aus Tesehe, welches seiner früheren Herrschaft Wäsche und Schmuckgegenstände von namhaftem Wert gestohlen hatte. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Heizer von hier, der seitens der 1. Marine-Inspektion in Kiel wegen Unterschlagung rechtskräftig verurteilt wurde. — Ebenfalls festgenommen wurde ein in der Fadenburger Allee wohnhafter 21jähriger Arbeiter wegen Raubes. Der Festgenommene hatte in einer hiesigen Wirtschaft mit einem Maler gezecht und hatte sich erboten, diesen in seine Wohnung zu begleiten. Anstatt aber dorthin zu gehen, führte er sein Opfer über die Klappbrücke beim Schlachthaus entlang und raubte ihm dort seine ganze Burschhaft, bestehend aus 1200 Mk. und eine Taschenuhr. Bei dem Raube leistete dem Festgenommenen ein Komplize, dessen Festnahme nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, Beihilfe.

Diebstähle. In der Zeit vom 24. bis 27. d. Mts. sind aus einem Hause in der Kronsförder Allee 6 silberne Eßlöffel, gez. B. M., 6 ebensolche Löffel, gez. D. F., 6 silberne Gabeln, gez. B. M., 6 ebensolche Gabeln, gez. S. C., 12 silberne Gabeln mit Ebenholzgriff, 12 ebensolche Messer, 6 silberne Messer, gez. B. M. C., 6 ebensolche Messer, gez. S. C., ferner 1 alter goldener Taschenuhr, etwa 40 Gramm schwer, gez. S. C., und 1 silberner Taschenuhr, gez. B. M., beides Niligranarzeit, 1 goldene Damenuhr, die auf der Rückseite Emailleblumen als Verzierung trägt, 1 silberne Korbhülle, 1 silberner Tassenlöffel, 6 silberne Mokka-Löffel, innen vergolbet, 8 silberne Teelöffel, 2 silberne Korkenzieher, 1 silbernes Transierbesteck, 1 eiserne Geldtasche mit alten Briefen, einiges Bargeld und mehrere Flaschen Wein von mittels Einbruch gestohlen. — In der Nacht zum 27. d. Mts. ist von der Diele eines Hauses in der Fischergrube ein großer Wagenplan, 3 x 4 1/2 Meter groß, gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

Cutin. Feuer. Am ersten Weihnachtstage brannte die Scheune des Hofbesizers Schumacher in Fissa total nieder. Ein großer Vorrat von Getreide und eine neue Dreschmaschine wurden durch die Flammen vernichtet. Das Feuer soll durch Kurzschluß entstanden sein.

Hamburg. Außerordentliches Kriegsgericht. Unter der Anklage des Mordversuchs gegen seine eigene Mutter steht der jugendliche Schlachtereiarbeiter Gustav Albert Gosh vor dem Kriegsgericht. Der Angeklagte, der. Klatt im Geschäft seiner Mutter, die in einem Keller in der Könnhalbstraße ein gutgehendes Fleischgeschäft betreibt, zu helfen, trieb sich arbeitslos umher. Während seine Mutter sich im Krankenhaus einer schweren Operation unterzog, stahl er ihr eine Anzahl Goldstücke und ließ sie von Schwindeln. Am 1. Dezember zwischen 8 und 9 Uhr morgens, als seine Mutter aus dem Krankenhaus entlassen war, erschien er bei ihr und verlangte seine Invalidenkarte und Geld. Seine Mutter gab ihm seine Papiere und ein Stück Brot. Das genügte ihm nicht. Er packte seine Mutter am Hals, warf sie zur Erde, schleifte sie in die Küche und verletzete ihr zwei wichtige Schläge mit einem eisernen Kochtopf auf den Kopf, so daß sie in einer Blutlache liegen blieb. Als sich dann die Ladenflür öffnete, ergriff der Bursche die Flucht, ohne sich um die schwer verletzte Mutter zu kümmern. Die Mutter befindet sich noch jetzt infolge der Verletzungen im Krankenhaus. Bei seiner einige Tage nach der Tat erfolgten Verhaftung gab der Angeklagte der Mutter hat zu, was er jetzt bestritt. Nach der Aussage der Mutter hat der Angeklagte gesagt, als sie um ihr Leben bat: "Was ich schlage dich tot! Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen versuchten Totschlags und Raubversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust. — Wegen Mordversuchs war der 34 Jahre alte Arbeiter Krawow angeklagt. Er wurde beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, am 7. August 1919 seine 18 Jahre ältere, fast taube Frau, als sie bereits ins Bett gegangen war, durch Gas zu vergiften. Die Ehefrau W. wurde zunächst auf ihren Geisteszustand untersucht, weil der seine Schuld in Abrede stellende Angeklagte behauptete, daß seine abergläubische, an Hexerei glaubende Frau sich einredet, daß er sie mit Gas vergiften wollte, und er die Undichtigkeit der Gasleitung zu diesem Zwecke selbst hergestellt hätte. Bei der Untersuchung wurde aber nichts entdeckt, was Zweifel an ihrer Zurechnungsfähigkeit begründen konnte. Das Gericht verurteilte darauf den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust.

Hamburg. Wuchergericht. Der Senat hat in Ausführung der Reichsverordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberie beim Landgericht in Hamburg ein Wuchergericht errichtet. — Ein Millionenchwindler. Der Kaufmann Maximilian genannt Steier hat sich durch Vorlage gefälschter Duplikat-Frachtbriefe die Summe von 1 600 000 M. erschwindelt. Der Betrüger achtet sehr sehr elegant gekleidet, verkehrt mit den vornehmsten Bebedamen und wirft mit Geld um sich. Für die Wiedererlangung des erschwindelten Geldes ist eine Befreiung in Höhe von 10 Prozent des wiedererlangten Teiles ausgesetzt worden.

Hamburg. Vier Opfer der Gasperre. Am Mittwoch morgen fand man im Hinterhaus Sophienstraße 14 drei Bewohner bemußlos auf. In dem Hinterhaus waren die 70 Jahre alten Eheleute Person zwangsweise eingewickelt, während in dem Obergeschoss eine 60 Jahre alte Frau Brodmann wohnte. Aus einem unverschlossenen Gashahn war während der Morgenstunden zurzeit der Gasabgabe Gas ausgeströmt, das die alten Leute eingatmet hatten. Von der Feuerwehr wurden Sanitäter ausgesandt, um das Leben der drei alten Leute zu retten. Während die Wiederbelebungsversuche bei den Frauen von Erfolg begleitet waren, konnte dem alten Person keine Hilfe mehr gebracht werden, da der Tod bereits eingetreten war. Auf Anordnung eines Arztes wurden die beiden Frauen ins nächste Krankenhaus geschafft. — Der vierte Gasvergiftungsfall ereignete sich im Hause Beethovenstraße 15. In diesem Falle gelang es, das Leben des Bergarbeiters zu retten.

Hamburg. Geheime Seifenfabrik ausgehoben. Der Polizei wurde mitgeteilt, daß in einem Keller an der Hammerlandstraße ein geheimnisvoller Betrieb im Gange sei. Polizeibeamte, die sich auf die Lauer legten, entdeckten bald, daß sich dort eine geheime Seifenfabrik befand. Als der Betrieb in vollster Tätigkeit war, wurde er überholt. Es wurden mehrere Zentner Fett sowie Koch-Seeife, die auf dem Schleichhandelswege an das Publikum abgeliefert werden sollte, beschlagnahmt. Der Betrieb wurde polizeilich geschlossen.

Altona. Schreiberschule. Wohl allgemein ist bekannt, welche Vorteile in dieser Zeit der Ernährungsnot die Kleingärtner hieret. Merkwürdig nur, daß die Kenntnis von jenen Vorteilen sich lange noch nicht in entsprechendem Maße in praktische

Betätigung umgeseht hat. Woran liegt das? In der Hauptsache wohl in der mangelnden Ausbildungsgelegenheit. Wie kann der Großstädter, der vielleicht sein Leben keinen Spaten in der Hand gehalten hat, Schrebergärtner werden? Und vor allem: wie wird er es, ohne durch Mißerfolge und Verluste beträchtliches Lehrgeld zahlen zu müssen? Die Antwort muß lauten: durch praktische Jugendausbildung in der Schrebergärtner. Dieses volkswirtschaftlich wie volksgesundheitlich gleich wichtige Ausbildungswerk hat sich die Stadt Altona zur Aufgabe gemacht. In dem der Vollendung entgegengehenden, über eine Million Quadratmeter großen Volkspark wird neben einer Reihe dem Sport und der Erholung dienenden Einrichtungen auch eine sogenannte Vorbereitungsstätte für den Kleingartenbau eingerichtet. Sie wird eine Sonderabteilung des Zentralparkgartens, eine vorwiegend dem Jugendunterricht dienenden botanischen Gartens werden. Jedes Kind wird hier ein Stückchen Land haben, das es unter Anleitung bestellt und in Ordnung hält. Die Schrebergärten, wie man die ganze Anlage wohl am besten nennt, wird die Kleingartenkolonie der Altonaer Jugend sein; Hunderte von Kindern werden sich hier zu gleicher Zeit betätigen. Sechs sachmännlich bestellte Muster-Schrebergärten werden als Anschauungsmaterial dienen. Die besten Leistungen der Schreber-Schulstufen sollen durch Prämien ausgezeichnet werden. In kleinerem Rahmen hatte übrigens die Altonaer Kriegsschule schon seit zwei Jahren auf ihrem Grundstück an der Scharnhorststraße in Ostmarken einen derartigen Unterricht eingerichtet. Annähernd hundert Schülerinnen der oberen Volks- und Mittelschulstufen haben im letzten Sommer daran teilgenommen. Für den Kleingartenbau gibt es kein besseres Förderungsmittel als die Schrebergärten. Jede Stadt sollte sich diese Einrichtung zunutze machen.

Kiel. Die teure Elektrizität. Vor einigen Tagen ist der Straßenbahnfahrpreis gleich um 10 Pfennige erhöht worden. In etwa 1 1/2 Jahren hat sich der Straßenbahntarif verdreifacht. Er beträgt jetzt mindestens 30 Pf. gegen früher 10 Pf. — Die Kohlennot. Bis zum 4. Januar 1920 wird die Abgabe von elektrischem Strom in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags vollständig eingestellt.

Bremen. Die Einheitschule beschlaffen hat die Bremer Nationalversammlung, wie wir schon kurz meldeten, in ihrer letzten Sitzung. Die wichtigsten Bestimmungen sind: 1. Die am 1. April 1920 schulpflichtig werdenden Kinder treten in die unterste Klasse der Grundschule ein. 2. Vorschulen, die mit einer weiterführenden Anstalt verbunden sind, werden vom 1. April 1920 ab jahresweise abgebaut, selbständige Vorschulen werden aufgehoben. 3. Der fremdsprachliche Unterricht im vierten, fünften, sechsten und 7. Klasse der Mädchenschulen, fällt weg. 4. Der Senat wird ersucht, den Gesundheitsrat und das Jugendamt mit einem Bericht über die Einrichtung staatlicher Kinderärzten und die Gewinnung von Kinderärztinnen zu beauftragen. Ein Antrag auf Errichtung von Oberschulen im Anschluß an Volksschulen wurde ebenfalls angenommen.

Neueste Nachrichten.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

II. Bochum, 29. Dezember. Auf einer Konferenz, die der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes mit den Zechenbetriebsräten des Ruhrbezirks in der Frage der Sechsstundenarbeit abhielt, wurde zwar ihre baldige Einführung gewünscht, aber betont, der gegenwärtige Zeitpunkt sei wegen der ungeheuren Kohlennot und der dadurch verurteilten großen Betriebseinstellungen für die Schichtverlängerung außerordentlich ungünstig.

Die Hochwasserkatastrophe.

II. Mainz, 29. Dezember. Das Hochwasser des Rheins hat in Hessen großen Schaden angerichtet und die niedrig gelegenen Rheinarde schwer heimgesucht. Die Eisenbahnstrecke Mainz-Worms ist gefährdet. Der Oberheim ist nach kurzem Stillstand wieder im Steigen begriffen.

Einstellung des Gesamtverkehrs in Tirol.

II. Innsbruck, 29. Dezember. Infolge mächtiger Lawenstürze ist an mehreren Stellen der Gesamtverkehr eingestellt. Die Störung dauert mehrere Tage.

Bormarsch der Roten Truppen.

II. Warschau, 29. Dezember. Aus Moskau ist hier die Meldung eingetroffen, daß der Repräsentant der Sowjetregierung, Toffe, dem Gesandten der estnischen Republik erklärt habe, daß die ganze Ukraine mit Kiew, Charkow und Poltawa durch die Roten Truppen besetzt worden ist. Ferner erklärte er die Gerüchte über eine bevorstehende Einberufung der russischen Konstituante in Moskau für unbegründet.

Die Lage in Irland.

II. Haag, 29. Dezember. Der "N. A. C." veröffentlicht einen interessanten Bericht seines Londoner Korrespondenten über die Lage in Irland. Er sagt, daß England gewinnend sein würde, die Gewaltmaßregeln aufzugeben, wenn sich eine Lösung der irischen Frage nicht fände. Über Gewaltmaßregeln seien am gefährlichsten für das englische Ansehen in Irland und Kanada auch in Süd-Afrika, Indien und Ägypten herrsche augenblicklich eine bedrohliche Lage. Sehr bedauernd sei die Haltung der katholischen Kirche in Irland. Der Erzbischof von Dublin habe an den Erzbischof von New York die ersten hundert Guineen für die Anleihe der irischen Republik mit einem Begleiterschreiben geschickt, worin der Erzbischof von Dublin ganz offen von dem geschickten irischen Parliamente spricht. Die Mehrheit der irischen Bevölkerung habe genug von Dublin Castle, dem Sitz einer korrupten Regierung. Die katholische Kirche habe einfach ihre Haltung dem Volksempfinden anpassen müssen.

Deutschlands Wirtschaftsnot.

II. Aus dem Haag, 29. Dezember. Ein Vertreter des Amsterdamer "Handelsblatts" hatte eine Unterredung mit Dr. Heßler von der deutschen Gesandtschaft, der jechen aus Deutschland wieder nach dem Haag zurückgekehrt ist. Heßler ist der Ansicht, daß man sowohl in wie außerhalb Deutschlands die Entwicklung der Lage Zentral-Europas viel zu optimistisch betrachtet. Er befürchtet, daß Deutschland bezüglich der Lebensmittelpersonung einem ähnlichen Schicksale entgegengeht, wie Desterreich, falls nicht besondere Maßnahmen getroffen werden. Wenn es in Deutschland zur Hungersnot kommen sollte, würden die Spartakisten wieder ihr Haupt erheben, und dann würde eine Katastrophe eintreten. Sämtliche Bedingungen für eine schnelle Wiedergeburt Deutschlands seien vorhanden, aber sie werden sich zu dem Gegenteil entwickeln, falls nicht schon jetzt die Möglichkeit geschaffen wird, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Eine Verteidigungsschrift Wilhelms II.

II. Paris, 29. Dezember. Der "Matin" bringt einen Artikel über Wilhelm II. Seit der Veröffentlichung des Rautsky-Buches über den Ursprung des Krieges habe Wilhelm II. mit der Erläuterung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen wolle, begonnen. Auch der Kronprinz stehe auf der Liste der auszuweisenden Personen und zwar werde er wegen Mordverurteilung, wegen Mordes und wegen Diebstahls angeklagt.

Aufruf zur Vinderung der europäischen Hungersnot.

II. New York, 29. Dezember. General Bligh veröffentlicht einen Aufruf an das amerikanische Volk, die ganze Welt möge sich zusammenschließen, um Europa vor der Hungersnot zu retten.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für Silvester

Scherz-Artikel in außerordentlich reicher Auswahl

- Scherz-Zigaretten Karton 1 00
- Praline mit Scherzfüllung Dtzd. 3.25
- Konfekt, sortiert Dtzd. 4.25
- Berliner Pfannkuchen Stck. 75
- Krachmandeln m. Füllung Dtzd. 3.75
- Datteln Dtzd. 3.25
- Sektflaschen Stck. 70
- Zeppeline Stck. 60
- Liebeshütten Stck. 70
- Bosco-Zylinder Stck. 40
- Konfetti-Bomben Stck. 40
- Juliusturm Stck. 65
- Bengalische Zündhölzer Stck. 25
- Knallkapseln mit Rohr 2.25
- Knall-Erbsen 10 Stück 25
- Pillen-Männchen Stck. 40
- Schlangen-Beschwörer Stck. 25
- Likörgläser mit Füllung Stck. 95, 75
- Wackelköpfe Stck. 2.85
- Musikalische Kissen Stck. 7.75

- Weißer Krawatten
- Weißer Handschuhe
- Ball-Fächer
- Weingläser, Sektgläser
- Punschgläser
- Likörgläser u. Karaffen
- Papier-Mützen, Pritschen
- Papierschlängen
- und Konfetti
- In unserer Musikalien-Abteilung:
- Die neuesten Tänze
- Couplets u. Kabarett-Lieder
- Moderne Operetten-Schlager

- Ansteckfiguren Stück 45, 30, 15
- Ansteckblumen Stück 30, 15
- Zündholzschachteln Stück 50, 20
- Kri-Kri-Frösche Stück 20
- Krater-Schlangen Stück 30
- Ruß-Karten Stück 25
- Ulk-Plakate Buch 1.50
- Scherz-Briefe Stück 40
- Wahrsage-Karten 30
- Wahl-Thermometer Stück 2.25
- Schnurrbartmittel Stück 1.25
- Büstenmittel „Busol“ 85
- Gigerl-Ringe Stück 3.50
- Gigerl-Nadeln Stück 4.25
- Musikalische Schweine Stck. 60
- Hampelmänner Stck. 50
- Karikaturenköpfe Stck. 30
- Scherzdosen Stck. 65
- Musikalische Stuhlsitze Stck. 40
- Klagende Herzen Stck. 2.50

Neujahrs-Karten sehr preiswert

Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe Lübeck.
Am Dienstag, dem 30. Dezbr., findet für die Kinder unserer Mitglieder eine

Lichtbildervorführung
in der Zentrallhalle statt. Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Am Sonnabend, dem 3. Jan. 1920, abds. 7 1/2 Uhr, in der Zentrallhalle

General-Versammlung.
Kameraden und Kameradinnen erscheint vollständig. Mitgliedskarte vorweisen. (12345) Der Vorstand.

Aufruf!

Wer nimmt ein Wiener Kind ins Haus, um es vor dem drohenden Hungertode zu bewahren? Das Glend ist bei unseren deutschen Volksgenossen aufs äußerste gezeigert, und rasche Hilfe tut not, um zu retten, was noch zu retten ist. Anmeldungen zur Aufnahme in Stadt und Land werden von den Unterzeichneten, Geldmittel für denselben Zweck von sämtlichen Banken unter der Bezeichnung: „Jugendamt, Hilfe für Wien“, mit herzlichem Dank entgegengenommen.

Das Jugendamt.

Abt. Landaufenthalt für Stadtkinder.
Senatspräsident Dr. Lange, Martha Köhne,
Dr. jur. Stord.
Diesen Aufruf unterstützen auf das wärmste
Senator Hoff, Pastor Jannich, Direktor Dr.
Sint, Senator Dr. Neumann, Pastor Stahl,
Schmidt, Herrsch, Karl Sudau. (12345)

„Vorwärts“
Abreiß-Kalender
3.50 Mk.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Eisbahn Mühlentor
von morgens 10 Uhr
bis abends 10 Uhr ge-
öffnet. 12316
Abends beleuchtet.
Verhandl. für
Leibesübungen und
Jugendpflege.

Deutscher
Transportarb.-Verh.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Roll- und Blech-
wagenfahrer
am Dienstag, dem 30. Dezember
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.

Versammlung
sämtlicher bei den
Holzspezialisten
beschäftig. Arbeiter
am Dienstag, dem 30. Dezember
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu dem
uns gekündigten Tarif.
Das Erscheinen sämtlicher
Kollegen zu beiden Ver-
sammlungen ist dringend
notwendig.
Mitgliedsbücher sind vor-
zuzulegen.
12345 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Aufbewahren!
Stühle werden sauber, billig
und schnell geflochten.
Echtes Rohr, kein Ersatz.
Marli. 12340
Kottwitzstraße 20-22, II. r.

Moorgarten.
Groß. Silvesterball
am Mittwoch, 31. Dezbr.
im Wachholderkrug.
Dazu laden freundlich ein
(12307) Johannes Wiggers.

Fledermaus
Kabarett-Diele.
Direktion H. Todt.
Fünfhausen 17/19.
Täglich um 4 und 8 Uhr
das große Dezember-
Eröffnung-Programm!
Echte Biere, beste
Weine, kaltes Büfett,
Mokka, Tee,
ff. Gebäck.
Mittwoch 31. Dezember
(Silvester) 7 Uhr:
Eine lustige Silvesternacht
8 A. d. engagierten
8 erstklassig. Attraktionen
mit besonderem Festpro-
gramm sowie unter gell.
Mitwirkung der
15 belieb. Lübecker Künstler!
Hans Beckmann, Erna
Lehmann, Direktor Ernst
Albert, Siegfried v. Lutz
DSW.

4 Musikkapellen
Ball, Theater, Kabarett,
Silv.-Überraschungen
Jubel und Trubel
an allen Ecken!
Um 12 Uhr Vereinigung
aller Kapellen. Abschied
vom alten und feierliche
Begrüßung des neuen Jah-
res durch Direktor Ernst
Albert. Großer Ringkampf
um die M. isterschaft von
Lübeck. Oben: „Kabarett
intim“, Auftr. der Orig.-
Bayr.-Schrammeln „Die
Günzinger“ mit ihren
Sängern.
Großes Tanz-Tournee.
Wertvolle Preise für die
besten Tänzerpaare.
Num. Eintrittskarten (gül-
tig f. alle Veranstaltungen.
Mk. 10.— i. d. „Fledermaus“
u. Zig.-H. Buse, Breite Str.
fischbestellungen rechtzeit-
ig erbeten. (12320)

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13.
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze.

Vom 26. Dez. bis 1. Jan. **Verfümmen Sie nicht!**
Das erstklassige
Weihnachtsprogramm! **Verfümmen Sie nicht!**

Der Tänzer, II. Teil
Frei nach dem Roman von Felix Holländer.
Drama in 4 Akten. (12321)
Spannende Handlung! Glänzendes Spiel!
Die Pflicht zu leben
Filmtragödie in 6 Akten.

Tönchen als Massenvater
Schwank.
Nachmittagsvorst. 4-7 Uhr. Abendsvorst. 7-10 Uhr.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele
Das neueste, modernste u. bequemste Lichtspiel am Platze
25 Johannisstraße 25. Früher Monopol.

Heute letzter Tag das große Weihnachtsprogramm!
Der große Lustspiel (12341)
Die Czardasfürstin Operette in
6 Akten.
Hansis Doppelgepann Lustspiel in
2 Akten.
Der fremde Mann Lustspiel.
Einlage: Gretchen's Weihnachtsbaum.
Aufführungzeiten: Nachm. 4-7, abends 7-10 Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Kindervorstellung im Stadttheater
am Montag, dem 5. Januar, nachm. 3 Uhr,
Peterchens Mondfahrt
Märchenspiel in 7 Bildern.
Preis der Karte 1.00 Mk.
Karten sind im Gewerkschaftshaus, sowie in der Expedition des Lübecker Volksboten zu haben.
(12326) **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede.
Einladung zum
Silvester-Ball Silvester 1919
im Lokal „Neulauerhof“.
Anfang 7 Uhr. Ende?
Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk. 12324
Dazu laden freundlich ein **Der Vorstand.**

Verein der Musikfreunde in Lübeck.

4. Symphonie-Konzert
Montag, d. 5. Januar 1920
abends 7 1/2 Uhr.

Oeffentl. Hauptprobe
Sonntag, 4. Jan., vorm. 11 Uhr
Dirigent: Franz v. Hoesslin.
Solist: Prof. Jos. Pemhaur
(Klavier).

Der Vorverkauf beginnt
am Dienstag, dem 30. Dezbr.
an der Kasse des Stadttheaters,
nachmittags 4-5 Uhr und
wird an den folgenden
Tagen zu den üblichen
Kassenstunden fortgesetzt.

Übersichtsprogramme à
25 A über die sämtlichen
Symphonie- und Chor-Kon-
zerte sind an der Kasse er-
hältlich. (12333)

Gewerkschaftshaus

Gastspiel
Hemberger

Heute Montag, den 29.
und morgen
Dienstag, den 30. Dez.:
Letzte

Glanz-Vorstellungen
der mit einem beispiel-
losen Erfolg auf e-
genommenen (12337)

Welt-Attraktionen.

Stadttheater Lübeck

(12297)
Dienstag, den 30. Dezbr.:
2. Vorstellg. im Faustzyklus
f. Schulen u. Volkshochschule

Dr. Faustus.
Mittwoch, den 31. Dezbr.
Außer Abonnement

Die Fledermaus.
Donnerstag, den 1. Januar,
Anfang 3 Uhr:
Peterchens Mondfahrt
Anfang 7 Uhr:
Cavalleria rusticana.
Der Bajazzo.

Lübecker Weinhaus
Otto Voigt
obere Fleischhauerstr. 14. Fernspr. 1021.

Vorteilhafte Bezugsquelle für
Rotweine, Mosel- u. Rheinweine,
Portwein, Tarragona, Apfelwein,
Kognac-Verschnitt, Kognac-Weinbrand,
Liköre, Aquavit, Gold-Brand (Trink-
brandwein)
Alkoholfreie Punsche.
1a. Jamaika-Rum Verschnitt.
12329

Achtung!
Zahle für Gesundheits-
kumpen per Pfund 50 Pf.
Böttcherstraße 10.
Bitte genau auf Straße
u. Nummer zu achten. (12328)

Ad. Hüner, Hermann-
u. Goldbarben, Fünfhausen 13.
12329

Hasenelle
Kanin-, Reh- u. Hirsch-
elle, sowie alle Sorten
Wildelle,
Pferde- u. Kuhhaare
kauft zu den höchsten
Zagespreisen

D. Wagner
Goldbarben 3. (12328)

Die kommunalen Arbeiterräte.

Die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Arbeiterschaft hat ihre Bewegung als solche sehr empfindlich geschwächt. Ueberall, vor allen Dingen in der Partei, macht sich der Mangel an Führern sehr bemerkbar. Es fehlt in vielen wichtigen Dingen, besonders in Fragen, die die Revolution zur Diskussion gestellt hat, an der einheitlichen Führung. Ganz besonders macht sich das bemerkbar in der Stellungnahme einzelner Ortsvereine oder Bezirks der Partei zur Frage der kommunalen Arbeiterräte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden geboren im Sturme der ersten Revolutionstage und haben sich unbestreitbare Verdienste um das Land erworben. In dem kommenden Gesetz über die Betriebsräte soll die Räteform, wie sie für unser Wirtschaftsleben fruchtbringend ist, befestigt werden. Die Arbeiter- und Betriebsräte sollen in Fragen der Arbeits- und Lohnbedingungen sowie in Dingen, die den Produktionsprozeß betreffen, mitraten und -taten.

Die als Kontrollinstanzen für die Arbeit der Gemeindeverwaltungen eingerichteten kommunalen Arbeiterräte haben dagegen heute keine Existenzberechtigung mehr. Sie waren solange notwendig, solange die alten Gemeinde- und Kommunalverwaltungen im Amte waren. Heute sind aber überall im Reiche nicht nur die Gemeindeverwaltungen, sondern auch die Gemeindeverwaltungen neugewählt und zwar auf Grund des allgemeinen, geheimen und freien Wahlrechts. Wie im Reiche und im Staate, haben wir also auch hier nach rein demokratischer Verfassung dem Volkswillen Ausdruck gegeben. Aus diesem Grunde müssen wir grundsätzlich jede weitere Kontrollinstanz, mag sie sich Arbeiter- oder Bürgerat nennen, ablehnen. Die durch Mehrheitsbeschluß zustande gekommenen Verordnungen usw. bedürfen ebensowenig einer Bestätigung durch die Räteinstanzen, wie die Geschäftsführung der Gemeindeverwaltungen, die wiederum dem Willen der Volksmehrheit entsprechend zusammengekehrt sind, einer Kontrolle durch sie unterworfen werden dürfen. Die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevorstellungen müssen im Rahmen der bestehenden Gesetze unbedingt souverän bleiben.

Wir erleben nun das gerade nicht sehr erhebende Schauspiel, daß in solchen Städten und Gemeinden, in denen unsere Genossen bedauerlicherweise noch in der Minderheit sind, diese einen scharfen Kampf für die Aufrechterhaltung der kommunalen Arbeiterräte führen, während in anderen Städten unsere Parteigenossen ebenso schwere Kämpfe mit den „Unabhängigen“ auszufechten haben, wegen der Auflösung der Arbeiterräte.

Wie in allen anderen, so muß auch in dieser wichtigen grundsätzlichen Frage die Einheitlichkeit der Auffassung hergestellt werden. Es geht nicht an, daß unsere Partei dort, wo sie in der Mehrheit ist, für die Souveränität des Volkswillens eintritt, und dort, wo sie noch nicht die absolute Mehrheit besitzt, gegen die Demokratie in die Schranken tritt. Ueberall sind auf Grund des freiesten Wahlrechtes die Parlamente gewählt worden. Sie allein haben die Gesetzgebung auszuführen, und wir als Partei müssen uns gegen jede Einmischung von außen wenden.

Seit der Aufhebung des Belagerungszustandes erscheinen wieder die Blätter der zehnfach gespaltenen Kommunisten, und es ist gerade keine angenehme Brühe, die die beiden „Noten Zäpfchen“ auf das Haupt der „Freiheitsteufel“ herunterkräufeln. Nach links gegen die ehemaligen Verbündeten schleuderte Crispian den Bannfluch, daß sie nicht mehr marxistisch seien. Was er dann aber über die Behandlung sagte, die die Führer der Kommunisten von ihren eigenen Leuten erdulden müßten, das galt in Wirklichkeit für die „Unabhängigen“ Partei selbst:

„Die Kommunisten“, meinte der Vorsitzende der U. S. P. D., „sind heute als Partei ein Trümmerhaufen. Ihre Führer sind von den eigenen Genossen ihres Lebens nicht mehr sicher. So muß es kommen, wenn man ständig die Führer herunterreißt. Wir können uns als Partei nicht einfach auflösen. Wir müssen erst mit den Kommunisten als gleichberechtigte Genossen leben, wenn wir mit ihnen zurechtkommen wollen. In der „Noten Zäpfchen“, die als Konkurrenzorgan der „Freiheit“ erscheint, wird eine Politik journalistischer Bravos getrieben. Wenn diese Politik der Kommunisten weiterverfolgt wird, sprengen wir die deutsche Arbeiterbewegung.“ Die Meißel, gegen die Führer systematisch zu heken, muß bekämpft werden. Gestern wurde gegen Kautsky und Ströbel gehetzt, heute sind es Hilferding und Ledebour. Wer kann überhaupt noch als Führer gelten, wenn er jederzeit auf den Scheiterhaufen gesteckt werden kann? Die Führer müssen das Vertrauen der Massen haben, auch wenn sie einmal ihre eigene Meinung sagen. Soweit geht es denn doch nicht, daß man Hilferding ganz einfach banonniert, wegen Artikel, von denen man nicht einmal weiß, ob er sie alle selbst geschrieben hat. Unsere Redakteure müssen das Recht haben, ihre Meinung zu sagen. Ihr nehmt auch das Recht für Euch in Anspruch, zu sagen, was Ihr denkt.“

Ebenso meinte Dittmann: „Es ist notwendig, daß die verantwortlichen Vertreter der Partei, wo es angebracht ist, ihre Stimme erheben. Es wäre traurig, ihnen verbieten zu wollen, das zu sagen, was das Gewissen ihnen vorschreibt. Die Absicht der Reaktion ist, die gegenwärtigen Dinge zum Zusammenbruch und die „Unabhängigen“ in dieser verzweifelten Lage an die Spitze zu bringen.“

Gegenüber diesen Worten halte man sich die Taten der „Unabhängigen“ vor Augen, wie wir sie seit der Spaltung der Partei verfolgen können, halte sich vor Augen, was die „Unabhängigen“ nach ihren eigenen Worten am Sozialismus, an der Arbeiterklasse und an der Republik geübt haben und was niemand schärfer kritisieren kann, wie sie es jetzt selbst in Berlin getan haben. Däumig verkündet die Übernahme der Gewalt durch die Diktatur des „Proletariats“. Dittmann warnt und es graut ihm, wenn seine Partei ans Ruder kommen soll. Sie fürchten bereits von ihren verhehten Anhängern erschlagen zu werden, weil sie genau wissen, daß unter ihrer Herrschaft das versprochene Paradies nicht kommen wird, daß sie die Arbeitermassen mit leeren Versprechen abpeisen, die sie nie erfüllen werden können, daß dieselben Sünden, die sie heute unserer Regierung vorwerfen, in noch schlimmerem Maße morgen ihre eigenen sein werden, daß ihren Worten, an die sie heute schon selbst nicht mehr glauben, niemals Taten folgen können, daß ihre ganze Agitation Lug und Trug ist.

Deshalb hängt den Crispian und seinen Mannen heute schon vor den Geistern, die sie riesen und nicht mehr los werden, hängt den Führern, wenn die Verführten die Rechnung vorlegen, die man ihnen niemals bezahlen kann.

geregt hätte, noch aufregte. Das neueste auf diesem Gebiete hat der General Dyer geleistet, der die 45. englische Besatzungsbrigade in Jullundur kommandiert. Im April d. J. sind Unruhen in Bombay, Delhi und im Punjab ausgebrochen. In einer Stadt fand dabei eine Protestversammlung von Indern statt, die sich waffenlos in einer Laubhütte vereinigten. Es mögen etwa 5000 Personen versammelt gewesen sein. General Dyer ließ die Versammlung von seinen Soldaten umzingeln und dabei von allen Seiten Schnellfeuer eröffnen, wobei ungefähr 400 Personen getötet, mehr als 1500 verwundet wurden. In einer Straße der Stadt wurde eine englische Missionarin, Fräulein Sherwood, von einem fanatischen Inder attackiert. Als Strafe dafür setzte der phantastische General fest, daß fünf Tage lang jeder Inder, der diese Straße passieren wollte, nicht aufrecht gehen, sondern auf allen Vieren kriechen mußte. Wie man sieht, ist das eine ungemein reizvolle und bisher noch nicht bekannt gewesene Art der Bestrafung für die Tat eines Fanatikers. Wir sind aber sicher, daß die Engländer, wenn sie auch aus politischen Gründen das Vorgehen des Generals Dyer verurteilen werden (Nenn sie zittern um Indien!) ihr Gewissen auch ferner durch einen heftigen Kampf gegen den — deutschen Militarismus zu beruhigen wissen.

Aus dem Freistaat Lübed.

Montag, 29. Dezember.

Schieber!

Kriegsgewinnler. Hautvolksw. Luto. Nestoranz. Raffsch. Lauchsch. Schwefelst. Seidensocken Gabelstülch. Henkel trocken.

Fertelaugen. Spinnebauch. Innerlich ein leerer Schlauch. Schwarze Fingerringel. Ringe. Kunstverständnis von Kalbsgeschlinge.

Schiebt sich was und hat sich was. Uebel wie Latrinengas. Riff. Lulu. Knitterblusen. Metzgermeisterfette Wulst.

Sakramento! Schmerenot! Volk, sie schieben dich noch tot! Brenn den Lumpen zum Exempel Auf den Hintern einen Stempel! Viktor Palmilowski.

Die Geister, die sie riesen...

Am Montag vor Weihnachten hat die Generalversammlung der U. S. P. D. in Berlin zum „unabhängigen“ Parteitag in Leipzig Stellung genommen. Der Rahenjammer über die Leipziger Verhandlungen, der sich in der gesamten U. S. P. D. bemerkbar macht, hat sich auch in Berlin gezeigt. Während die „Volkshüter“, wie Crispian, in Leipzig große Fanfaren bliesen, spielten sie in Berlin ganz andere Instrumente. Wenn auch Däumig, „der magistrale Fanatiker, die wunderliche Mischung von Revolutionsfanatiker und Organisationsphilister“, wie ihn sein Parteigenosse Ströbel bezeichnet hat, wenn auch der Revolutionsdäumling wiederum seine alten Phrasen droht, aus denen er wohl selbst nicht klug wird, so konnte man von Crispian einige Befehle hören, von denen man nur wünschte, daß er auch den Mut gehabt hätte, sie in Leipzig selbst vorzutragen.

Englischer Militarismus.

Die Militaristen sind überall gleich. Es ist nichts als eine geschickte Agitationslüge unserer Feinde, daß der preußisch-deutsche Militarismus schlimmer sei, als irgend ein anderer. Die entsetzlichen Schandtaten, die die Engländer im Burenkrieg gegen wehrlose Frauen und Kinder ausgeübt haben — sie ließen sie in Konzentrationslagern langsam aber sicher verhungern — finden ihr Gegenstück in der Geschichte der militärischen Besetzung Indiens. Von den Taten des berühmten Warren Hastings bis auf die heutige Zeit reiht sich eine Schandtat an die andere, ohne daß das gegen angebliche oder wirkliche Untaten von Deutschen so empfindliche englische Gewissen sich sonderlich darüber auf-

Die Gründung einer Reichsarbeitsgemeinschaft.

Die Erkenntnis der unabwiesbaren Notwendigkeit der Siedlungsbestrebungen ist, wie uns geschrieben wird, in die heftigsten Schichten unseres Volkes gedrungen und hat im ganzen Reich zur Bildung von Siedlungsvereinigungen geführt. Diese Vereinigungen sind, soweit sie auf wirklich gemeinnützigem Boden stehen, schon ein großer Fortschritt für die Siedlungsmöglichkeit unserer minderbemittelten Bevölkerung. Ihre volle Kraft können sie aber erst entfalten, wenn sie alle Siedlungsbefähigten umschließen und sich in starken Landesverbänden und einem alle umschließenden Reichsverband zu einer machgebenden Organisation zusammenfassen.

Unserer jetzigen Regierung im Reich sowie in den einzelnen Ländern wird diese Organisation ein gern gesehener Berater und Stützpunkt in allen Siedlungsfragen sein. Und nur diese strengen Organisationen sind in der Lage, die Gesetzgebung in ihrem Kampf gegen Bodenwucher und unlauteres Gebahren ideenreichere Gesellschaften und Genossenschaften zu unterstützen. Bauüberwachungsstellen und alle anderen regierungsseitigen Unterstützungen müssen durch Vermittlung dieser Organisation ihrem tatsächlichen Zweck zum Wohle des ganzen Volkes zugeführt werden.

Nachdem sich in den einzelnen Ländern bereits derartige Siedlungsverbände gebildet hatten, haben sich die Verbände gemeinnütziger Siedlungsvereinigungen in Berlin, Sachsen, Bayern und Hamburg zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft für das Siedlungswesen zusammengeschlossen. Dieser Reichsarbeitsgemein-

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

71. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Bert, der sich vor dem Spiegel gemüht hatte, ging wieder auf und ab. Dann blieb er bei Anna stehen und schüttelte den Kopf.

„Ihr Frauen seid komische Geschöpfe!“

Sie zuckte die Achseln.

„Ich wollte, er töme, nähme sein Haus, sein Geld, alles zurück.“

„So weit bin ich schon gekommen.“

„Und was passiert mit mir?“

Sie nahm seine Hand und legte den Kopf daran.

„Dich müßte ich behalten.“

Bert lächelte befriedigt und ging wieder auf und ab. Im Gehlen Loterie er kein Weiterband.

„Ich bekomme, weiß Gott, einen Bauch!“

„Ja, ein bißchen... Es ist Zeit, daß du heiratest.“

Er pfliff leise vor sich hin, seinen Spaziergang vor dem Spiegel jedesmal unterbrechend.

Die Dunkelheit wurde immer tiefer, die beiden waren nur noch als schwarze Schatten zu erkennen.

„Wartst du auf dem Bureau?“

„Ne, da gehts besser ohne mich.“

Nach einer Weile fragte er:

„Ist Lotte heute zu Hause?“

„Ich weiß nicht. Sie ging gleich nach dem Essen fort.“

Sie sprachen nur hin und wieder ein Wort. Als das Tee-wasser kochte, löschte sie die Flamme aus und hing das Netz mit den grünen Blättern in den Kessel. Dann setzte sie sich auf das Sofa.

„Komm doch, setz dich zu mir!“

Er nahm in einem Seidel an ihrer Seite Platz. Sie legte nachdenklich ihre Hand auf seine Schulter. So saßen sie eine Weile, während sie ihn schweigend ansah.

„Wenn ich dich verlieren müßte... Warum bis du gestern nicht gekommen?“

„Ich kann doch nicht jeden Tag kommen. Das fällt auf.“

„Du willst bloß nicht. Gestern warst du bei Frau Oswald.“

Er runzelte die Stirn.

„Darf ich nicht mehr andere Leute besuchen? Das ist ja langweilig, dieses Spionieren.“

„Ich spioniere nicht... Geh nur hin!“ sagte sie müde.

Sie erkundigte sich nach dem Bierbrauer, der seit einiger Zeit wieder an Wasserläut litt. Bert meinte, es ginge ihm schlecht, er würde wohl nächstens abtragen.

„Wenn sie Witwe wird, könntest du sie ja heiraten.“

„Was du für Ideen hast!“

„Ich meinte es ja nur im Scherz!“ sagte sie mit einem Lächeln.

Dann zog sie seinen Kopf an sich und drückte einen langen Kuß auf seinen Mund.

Es klopfte an der Tür. Bert sprang hastig auf und tat ein paar lautlose Schritte zum Fenster. Der Diener kam, trug die brennende Lampe herein und ging dann wieder hinaus.

„Es ist zu dumm, daß man vor jedem Diensthofen Angst haben muß“, sagte Holleder mürrisch.

„Das brauchst du wirklich nicht, mein Lieber. Es kommt hier niemand herein, ohne anzuklopfen.“

„Und wenn er vorher durchs Schlüsselloch sieht?“

Anna zuckte die Achseln.

„Was tut das? Ich kümmere mich wirklich nicht um die Meinung der Diensthofen.“

„Aber ich! Durch deren Klatsch erfahren auch andere Leute, was zwischen uns los ist. Es wird sowieso schon über uns geklatscht.“

„Wer klatscht?“

„All unsere Bekannten! Du würdest schon erstaunt sein, wenn du hörtest, was man sich über unser Verhältnis für Bemerkungen erlaubt. Das paßt mir nicht! Das ist auch höchst gefährlich für dich! Deshalb müssen wir bedeutend vorsichtiger sein als bisher.“

„Soll das heißen, daß du noch seltener kommen willst als früher?“

„Ach was! Hab ich denn das gesagt? ... Scheit mir erst mal eine Tasse ein, mein Schatz!“

Sie goß ihm den goldklaren Tee in die kleine Porzellantasse und träufelte aus einem kristallinen Rännchen einige Tropfen Arrak hinterher. Er sah ihr zu und während er einen braunen Cafes zerknabberte, fiel ihm plötzlich das Diner ein.

„Es gab da ein Ragout, kleingehackte Schnepfen, Austern, ein paar Körner Kaviar waren, glaub ich, auch drin... großartig. Aber was ich sagen wollte. Sei jetzt mal vernünftig und höre zu. Eine Frau hat gewiß mehr Recht nach ihren Sentiments zu leben, als ein Mann. Aber hin und wieder muß sie doch auch die Vernunft sprechen lassen. Deshalb müßte ich dir mal einen Rat geben. Ich lebe alle zusammen so wild drauf los, als ob ihr die Leute geradezu herausfordern wölltet.“

„Ich möchte wissen, wieso?“

„Erstens dein Schwager Dehwick. Der scheint mir ein verflucht komischer Vormund zu sein. Er hat mir selbst gesagt, daß er mit dem Gericht fortwährend Krakeel hat. Vom Meßner Mehnert habe ich gehört, daß er Papiere verkauft hat und nicht angeboten will oder... kann, zu welchem Zweck. In solchen Dingen sollte

man sich wirklich immer tabellos benehmen. Man kann sonst zu sehr hereinfallen. Zweitens deine Mutter. Der würde ich ganz gehörig auf die Finger sehen. Die Leute munkeln, daß sie an der Börse spielt. Und man fragt sich: mit wessen Geld?“

„Was geht das die Leute an?“ sagte Anna zornig.

„Um Gottes willen, reg dich nicht auf! Ich will mich absolut nicht in deine Geldsachen mischen. Ich, als dein Schuldner, habe gewiß am allerlechtesten ein Recht dazu. Aber in deinem eigenen Interesse sage ich dir, Hand auf den Geldsack — sonst kommt eines Tages der Kladderadatsch!“

„Der kommt ohnehin.“

„Unfinn. Deine Zukunft hat sich in letzter Zeit glänzend ge-klärt. Von deinem Mann droht nicht mehr die geringste Gefahr. Wenn die Nerzte noch ein Körnchen Zweifel an seiner Berrücktheit gehabt haben, jetzt sind sie bombenfest davon überzeugt. Der kann noch zehn Jahre leben, er kann nach zehn Monaten sterben, tant ist er schon heute. Die einzige, die dir un bequem werden kann, ist Lotte.“

Anna senkte den Kopf und sah unter den Lampenschirm.

„Die ist mir allerdings un bequem. Aber anders als du denkst.“

„Sie macht dir moralische Beschwerden. Ich weiß. Das ist dein Privatvergnügen, und ich würde darüber kein Wort verlieren. Es gibt Frauen, die genießen ihr Glück mit Seelenruhe, andere müssen die Süßigkeit erst mit einigen Tränen salzen, damit sie ihnen schmecken soll. Das ist Temperamentsfrage, worüber sich nicht streiten läßt. Du bildest dir ein, in den Augen deines Kindes die Ausgeburt der Hölle zu sein, nach meiner Meinung hat die Kleine keine Ahnung. Und wenn sie damals etwas gesehen hat, so wird sie sich höchstens gefragt haben: Wie weiter, Mama küßt Herrn Holleder, den möchte ich auch mal küssen.“

Bert lächelte ein wenig und strich sich durch den Schnurrbart. Dann fuhr er fort:

„Was ist meine, ist ganz was anderes. Lotte ist jetzt neun-zehn Jahre alt. In zwei Jahren ist sie mündig und kann ihr Erbtteil herausverlangen. Oder sie verlobt sich, was jeden Tag passieren kann. Dann hast du das Vergnügen noch früher. Das solltest du dir gründlich überlegen und beizeiten dagegen etwas tun, anstatt dich mit Schimären zu plagen.“

„Mit wem sollte sie sich verloben? Sie spricht ja kaum mit jemandem.“

„Dazu genügt ein Wort. Daß sie reich ist, weiß jeder Mensch. Daß sie anspruchslos ist, ist noch eine besondere Tugend. Hübsch ist sie ja nicht, aber ich weiß verschiedene Bekannte, denen ihr Gesicht gefällt. Also, ich sage dir — gib acht!“

„Und was sollte ich nach deiner Meinung tun?“

„Verlobe sie möglichst mit jemand, der dir paßt.“

Horstmann lachte.

